

**Festakt aus Anlass des 60. Jubiläums des ersten gewählten Landtages von
Schleswig-Holstein am 9. Mai 2007**

Rede des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Geburtstagsfeiern sind im Allgemeinen populär; jedenfalls beliebter als viele andere Veranstaltungen – wie zum Beispiel Parteitage, Gerichtsverhandlungen oder Zahnarzttermine. Das hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, dass die Reden, die in solchen Zusammenhängen unvermeidlicherweise gehalten werden, meist etwas freundlicher und fröhlicher ausfallen als bei anderen Gelegenheiten. Dennoch wird - nach meiner Lebenserfahrung - die in der Regel begrenzte Freude der Teilnehmer auf die angekündigten Grußworte und Glückwunschwünsche durch die Aussicht auf eine anständige Bewirtung überboten, die folgt, wenn man die Reden überstanden hat.

Sie sehen, ich habe eine relativ nüchterne Einschätzung der Lage, in der ich mich befinde. Dennoch habe ich mich über die Einladung zu diesem Festakt sehr gefreut und ich habe sie gern angenommen. Ich nutze die Gelegenheit gern, diesem Land zu seinem Parlament und Schleswig-Holstein zu seinem 60. Geburtstag zu gratulieren. Ich tue dies gewissermaßen im Namen des größeren - wenn auch jüngeren - Bruders, des Deutschen Bundestages. Dabei unterstreiche ich das, was sowohl der Herr Landtagspräsident als auch der Herr Ministerpräsident in ihren Grußworten angesprochen haben: Schleswig-Holstein ist ein eindrucksvolles Beispiel für lebendigen Föderalismus und für die Vielfalt in der Einheit, die unser Land so attraktiv macht. Dass es bei uns so viele und so unterschiedliche Städte, Regionen und Landschaften gibt, so viele Bräuche, Traditionen, Kulturen und Dialekte, macht im wörtlichen Sinn den Reichtum dieses Landes aus und sollte uns die gelegentliche Neigung zur Verzweiflung über Komplizierungen oder auch über Auswüchse des real existierenden Föderalismus mit Gelassenheit ertragen lassen.

Weil ich mich für eine Veranstaltung wie diese natürlich halbwegs sorgfältig vorbereitet habe, habe ich einmal nachgesehen, was die Schleswig-Holsteiner selbst typisch für ihr Land halten. Nach einer Umfrage unter Mitgliedern des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, die vor einigen Jahren durchgeführt wurde, ergab sich nach eigenen und nicht vorgegebenen spontanen Stichworten folgende Reihenfolge: Meerumschlungen, Moin – Moin, Wolken, Sturm, Raps, Pharisäer, Sprotten, Marzipan.

(Heiterkeit)

Mein Eindruck ist, dass manche andere Länder mit Blick auf den Raps aufgeholt haben, dass der schleswig-holsteinische Vorsprung bei Wolken und Sturm, bei Sprotten und Marzipan jedoch ungefährdet ist. Pharisäer gibt es inzwischen auch an anderer Stelle, wenn auch nicht immer in der besonders bekömmlichen Form, die dieses liebenswürdige Land entwickelt hat.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sie dürfen ganz sicher stolz auf dieses Land und auf die bemerkenswerten Leistungen und Erfolge der letzten 60 Jahre sein, die wir heute im Blick haben. Ich will meinen besonderen Respekt gegenüber der Gründergeneration zum Ausdruck bringen, die unter weiß Gott bescheidenen Bedingungen die Grundlagen für das gelegt hat, was heute vielen selbstverständlich erscheint. Ich will das mit einem Hinweis auf aktuelle Diskussionen verbinden. Unsere heutige gelegentliche Neigung zu Bequemlichkeit oder auch zu Resignation angesichts vergleichsweise bescheidener Probleme und Herausforderungen wird geradezu beschämt von dem Mut und dem Engagement einer Generation, die damals Grund gehabt hätte, jeden Neuanfang für aussichtslos zu halten.

(Beifall)

Die Freude und der Stolz auf das Erreichte werden ein wenig durch eine allgemeine Missstimmung gegenüber der Politik und den politischen Institutionen getrübt. Weder die Parteien noch die Parlamente, weder die Regierung noch die Opposition befinden sich gegenwärtig auf dem Höhepunkt ihres öffentlichen Ansehens. Es gibt viele unzutreffende, aber auch manche berechtigte Kritik am Zustand unseres politischen Systems. In einer stark beachteten Umfrage der ARD Ende des vergangenen Jahres hat sich erstmals eine Mehrheit der Deutschen im

Ganzen mit den politischen Institutionen unzufrieden erklärt. Im sogenannten ARD-Deutschlandtrend haben damals 51 % der Befragten zu Protokoll gegeben, mit der Demokratie in der Bundesrepublik weniger oder gar nicht zufrieden zu sein. Das ist der niedrigste Wert, der jemals in einem solchen Deutschlandtrend gemessen worden ist. Ähnliche Werte in anderen europäischen Ländern machen diesen Befund nicht besser.

Eine der größeren Untersuchungen der letzten Jahre, die über diese Fragestellung deutlich hinausging, ging im Jahr 2004 in 60 Industrienationen der Frage nach, ob die Bevölkerung einzelner Länder ihren politischen und ökonomischen Eliten Vertrauen schenkt. Das Ergebnis war: Die Misstrauensrate, der sich die gegenwärtige wirtschaftliche Führungsschicht ausgesetzt sieht, liegt weltweit bei 39 %. In Europa liegt dieser Anteil bei 63 % und in Deutschland bei 71 %. Den politischen Eliten geht es nicht besser. Im Schnitt aller befragten Industrienationen stoßen sie bei 63 % der Bevölkerung auf mangelndes Vertrauen. In Europa liegt dieser Anteil bei 46 % und in Deutschland sogar bei 76 %. Wir müssen dabei nicht über die Unschärfen von Umfrageergebnissen streiten. Eines wird man nüchtern feststellen müssen: Das, was wir zum Funktionieren unserer modernen Gesellschaft am dringendsten brauchen, geht zunehmend verloren: Vertrauen.

Ich empfehle uns sehr, diesen Sachverhalt ernst zu nehmen. Der Befund ist keineswegs eine bloße Momentaufnahme. Vielmehr verdeutlicht er eine Entwicklung, die sich seit Jahren in rückläufigen Wahlbeteiligungen und einem dramatischen Verlust der Bindungskraft der Parteien - insbesondere der Volksparteien - zeigt. Die beiden großen Volksparteien haben in Deutschland in den vergangenen 15 Jahren zusammen mehr als eine halbe Million Mitglieder und noch mehr Wähler verloren. Dieser geringe Anteil der Bindungskraft führt - kombiniert mit der rückläufigen Wahlbeteiligung - zu einem außerordentlich ernüchternden Befund: Die Partei der Nichtwähler ist inzwischen die politische Gruppierung mit den höchsten Zuwachsraten.

Dennoch oder gerade deshalb müssen wir sorgfältig zwischen der Zustimmung zur Demokratie als Staatsform und der Kritik an der Arbeit demokratischer Institutionen und an konkret stattfindenden politischen Ereignissen unterscheiden. Diese Kritik ist im Übrigen nicht nur erlaubt, sie ist auch notwendig, wenn auch keineswegs immer berechtigt und gelegentlich erkennbar übertrieben. Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter, der heute Morgen

noch nicht zitiert worden ist, stellt in diesem Zusammenhang bündig fest, „dass wir uns am Abschluss der klassischen parlamentarischen Epoche befinden“.

Er begründet dies wie folgt:

„Schließlich haben in den beiden letzten Jahrzehnten die zentralen Orte der repräsentativen Demokratie, die nationalen Parlamente, in einem atemberaubenden Tempo an Durchschlagskraft und Macht verloren. Die entscheidenden Weichenstellungen für das ökonomische, das ökologische und das soziale Leben der Völker fallen in der Tat in halbkländestinen Netzwerken, die nicht demokratisch gewählt wurden, die daher auch nicht demokratisch abgewählt werden können, die durch keinerlei demokratische Institutionen kontrollierbar sind.“

Auch der amtierende Präsident des Bundesverfassungsgerichts beklagt öffentlich den „Bedeutungsverlust der Parlamente“, ergänzt um die Besorgnis, wir hätten es mit einem „verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Verfallsprozess zu tun.“

Das ist relativ starker Tobak, jeweils von Leuten, deren Einschätzung sich durchaus als ernst zu nehmen empfiehlt. Man kann dem ganz sicher nicht allein mit dröhnendem Selbstbewusstsein entgegentreten, als sei ausgeprägtes und unerschütterliches Selbstbewusstsein allein eine hinreichende Kompensation gegenüber starken empirischen Belegen.

Ich will diesen beiden beispielhaft genannten und ausgeprägt kritischen Einschätzungen auch eine bemerkenswert gegenteilige Einschätzung gegenüberstellen, die vom Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg Armin von Bogdandy stammt, der vor ein paar Monaten in einer großen deutschen Zeitung Folgendes zu Papier gebracht hat:

„Nach der herrschenden Lehre ist die Geschichte des zeitgenössischen Parlamentarismus eine Verfallsgeschichte: weniger Macht, geringere Kompetenzen, schwindendes Ansehen. Tatsächlich ist der Parlamentarismus in den zurückliegenden Jahrzehnten von Erfolg zu Erfolg geeilt.“

Was ist denn nun richtig?

Ich beginne einmal mit dem vermittelnden Vorschlag, dass die Behauptung vom Ableben des Parlamentarismus ebenso übertrieben ist wie die Vermutung einer unaufhaltsamen Erfolgsgeschichte, dass es - wie auch sonst im Leben - bei einem genauen und nüchternen Blick nicht ganz so spektakulär ist, wie es Formulierungen in machen wissenschaftlichen und weniger wissenschaftlichen Publikationen vermuten lassen, dass die Realität bekanntlich im Allgemeinen eher grau ist und dass sich die Wirklichkeit eben nicht in täglichen großen Ereignissen, sondern in dem Abarbeiten von Alltagsanforderungen niederschlägt.

Dabei wird man - auch und gerade was die Funktion und die Leistungsfähigkeit von Parlamenten angeht - fairerweise nicht übersehen können, dass die Anforderungen, denen sie sich heute ausgesetzt sehen, nicht nur anders, sondern höher sind als früher. Ein so unverdächtiger, erfahrener und kluger Beobachter wie Hans-Jochen Vogel, der Erfahrungen in der Kommunalpolitik, in der Landespolitik und in der Bundespolitik hat, der in Regierungsämtern und Gesetzgebungsorganen über eine jahrzehntelange Erfahrung verfügt, hat gerade im Kontext dieser Daten kürzlich in einem Interview darauf hingewiesen, früher sei vieles wesentlich einfacher gewesen - auch und gerade unter dem Gesichtspunkt der Verflechtungsaspekte, auf die Professor Ruck vorhin ausdrücklich hingewiesen hat.

Die Wahrung von Wohlstand und sozialer Sicherung bei rückläufiger Bevölkerungszahl und zunehmender Überalterung unter den Wettbewerbsbedingungen der Globalisierung ist eine neue und große Herausforderung, die es früher so nicht gab. Die Erwartungen im Umgang mit diesen Problemen sind allemal ausgeprägter als die tatsächlichen Gestaltungsspielräume. Entgegen weit verbreiteten Erwartungen machen im Übrigen Große Koalitionen das Finden gemeinsamer Lösungen nicht unbedingt einfacher, sondern eher schwieriger. Sie haben große Mehrheiten für das Durchsetzen von Lösungen. Diese zu finden, ist jedoch in der Regel nur mit kleinen Spielräumen ausgestattet.

(Vereinzelter Beifall)

- Es muss auch nicht jeder klatschen.

(Heiterkeit)

Zumindest dieser Restbestand an Parlamentarismus ist auch nach herrschender Lehre der Politikwissenschaft noch unangefochten.

(Heiterkeit und Beifall)

Was die gelegentlich schwer zu übersehende Neigung zur Frustration angesichts der tatsächlichen politischen Verhältnisse angeht, wird man daran erinnern müssen - zumindest dürfen -, dass die jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse weniger Ausdruck des Willens der Parteien als vielmehr Ausdruck des Willens der Wähler, des Souveräns in einer Demokratie, sind. Es ist auch nur schwer zu übersehen, dass deren konkrete Erwartungen an Regierungen und Parlamente sich nicht selten wechselseitig ausschließen, weil das, was die einen für absolut dringlich halten, die anderen mit Sicherheit für unzumutbar erklären und umgekehrt. Auf diese Weise werden durch Festhalten an gewohnten Verhältnissen und lieb gewordenen Besitzständen genau die Veränderungen verhindert, deren Ausbleiben die Wähler anschließend Parteien, Parlamenten und Regierungen vorwerfen.

Die meisten Menschen wissen durchaus, dass Veränderungen unvermeidlich sind. Sie erwarten aber, dass es dabei gerecht zugeht. Gerechtigkeit ist nach meinem persönlichen Empfinden überhaupt das große Thema moderner Gesellschaften. Nachdem sich im Wettbewerb der Systeme, der nun entschieden ist, die liberale Demokratie und die marktwirtschaftliche Ordnung gegen autoritäre und totalitäre Ordnungen durchgesetzt haben, empfinden die allermeisten Menschen ihre Freiheit in der Regel nicht als bedroht. Diese halten sie für gesichert. Vielmehr sehen sie die Gerechtigkeit bei der Entwicklung von Lebensverhältnissen und Entwicklungsperspektiven bedroht. Unbeschadet der Frage, ob das eine hinreichende, vollständige und wirklichkeitsnahe Erwartungshaltung ist, empfiehlt es sich für Parteien, Regierungen und Parlamente sehr, sich redlich Mühe zu geben, dieser Erwartung gerecht zu werden. Sonst verlieren sie nämlich nicht nur Sympathie, sondern sie verlieren auch Vertrauen.

Wir alle müssen möglicherweise bescheidener in unseren Ankündigungen werden, dafür anspruchsvoller in den Zielen und mutiger in den Entscheidungen. Dabei ist Streit nicht nur erlaubt, sondern im Ringen um die beste Lösung unverzichtbar. Er muss aber an der Sache orientiert sein. Er muss Diffamierungen und Übertreibungen vermeiden. Die Politik kann im Übrigen nur so gut sein wie die Leute, die sich für das Gemeinwohl zur Verfügung stellen.

Buhrufe von den Zuschauerplätzen ersetzen nicht das eigene Engagement. Wer sich selbst für die Politik zu gut ist, der überlässt sie anderen, die er für schlechter hält.

Die meisten prinzipiellen Vorbehalte und Vorwürfe gegenüber dem Parlamentarismus sind weder neu noch überzeugend. Ich könnte und müsste jetzt eigentlich der Reihe nach wenigstens die regelmäßig vorgetragenen Vorwürfe referieren und im Einzelnen behandeln. Da ich ungefähr zu dem Zeitpunkt das Rednerpult betreten habe, als nach Auskunft des Landtagspräsidenten die Veranstaltung eigentlich hätte zu Ende sein sollen, wird Ihnen hoffentlich ebenso wie mir einleuchten, dass das an dieser Stelle nicht möglich ist. Das ist außerordentlich schade.

(Zurufe)

- Ich bedanke mich für die liebenswürdigen Anfeuerungsrufe. Da ich vorsichtshalber kein ausgearbeitetes Manuskript mitgebracht habe, kann ich jetzt relativ souverän mit den vielen fliegenden Blättern umgehen, die ich bei unterschiedlichem Verlauf der Veranstaltung jeweils aus dem Hut hätte ziehen können. Ich will nur noch auf zweieinhalb Aspekte eingehen.

Es ist nicht zu bestreiten, dass die öffentlichen Debatten über wichtige und manchmal auch weniger wichtige Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft weder ausschließlich noch immer zuerst in den Parlamenten stattfinden. Nachfragen wird man allerdings müssen, ob dies zum einen überhaupt nötig ist und ob dies zum anderen jemals anders war. Die Vorstellung, dass alles und jedes, was von politischer Bedeutung sei, in erster Linie im Parlament - und dort vor allem zuerst - stattfinden müsse, ist weder wirklichkeitsnah noch sinnvoll.

Wenn man neben dem Interesse an öffentlichen Diskursen auch noch ein Restinteresse an Ergebnissen solcher Diskurse hat, was - zumindest für die deutsche Politikwissenschaft - eine zugegebenermaßen etwas luxuriöse Vorstellung ist,

(Heiterkeit)

was ich deshalb unbefangen vortragen darf, weil ich selbst aus dieser Zunft stamme, dann muss man die Vorstellung aufgeben, es könne alles sofort, immer und möglichst nur Gegenstand öffentlicher parlamentarischer Behandlung und Beratung sein. Dass ein beachtlicher Teil

des politischen Entscheidungsprozesses nicht auf der Vorderbühne, sondern in den Kulissen stattfindet, ist für viele Beobachter ein ständiges Ärgernis. Das sei ihnen gegönnt!

(Heiterkeit)

Es ist aber die Voraussetzung dafür, dass Kompromisse überhaupt ermöglicht werden, von denen Georg Simmel einmal gesagt hat, sie gehörten zu den größten Errungenschaften der Menschheit. Das mag man für eine übertrieben pathetische Formulierung halten, es ist aber in jedem Fall eine unaufgebbare Errungenschaft. Eine Gesellschaft, die nicht mehr kompromissfähig ist, wäre weder eine humane noch eine freiheitliche Gesellschaft. Also muss ein politisches System, das sich von seinem Selbstverständnis her als Ordnungsrahmen einer freiheitlichen Gesellschaft versteht, die Voraussetzungen dafür schaffen und erhalten, dass Kompromisse möglich bleiben oder möglich werden.

(Es ertönt ein Feueralarmsignal)

- Also, Herr Kollege Kayenburg, ich gebe zu, dass wir beim offenkundigen Überschreiten von Redezeiten auch im Deutschen Bundestag mit optischen oder akustischen Signalen um Abhilfe bemüht sind. Wir tun das aber entschieden subtiler.

(Heiterkeit)

Ich war zwischendurch versucht, den Vorschlag zu machen, an dieser Stelle gemeinsam das Schleswig-Holstein-Lied zu singen.

(Heiterkeit)

Angesichts der Phonstärke, mit denen Sie Signale in den Landtag senden, wäre auch das vermutlich nicht verständlich gewesen.

Ich wollte noch auf einen weiteren Aspekt aufmerksam machen, weil es sich hier um einen besonders häufigen und - wie ich finde - besonders abwegigen, aber regelmäßigen Vorwurf an die Parlamente handelt. Er lautet, dass sie ihre Gesetzgebungskompetenz immer weniger wahrnehmen. Dieser Vorwurf ist doppelt abwegig. Er ist zum einen abwegig, weil sich die

Funktion von Parlamenten schon unter den Bedingungen moderner parlamentarischer Systeme keineswegs auf diese Aufgabe reduziert. Zum anderen nehmen die Parlamente gerade diesen Auftrag nach wie vor in einem erschreckenden Umfang wahr. Von einem Rückzug aus der Gesetzgebung kann bei jeder nüchternen Betrachtung und bei allerbestem Willen keine Rede sein. In Deutschland befinden wir uns geradezu auf dem Höhepunkt einer politischen Kultur, die Sachverhalte überhaupt erst dann für geregelt hält, wenn sie durch Gesetz geregelt werden.

Wenn wir mehr Zeit hätten, die wir leider nicht haben, dann könnten wir der Reihe nach durch sämtliche Politikfelder - angefangen beim Arbeitsmarkt bis hin zu den sozialen Sicherungssystemen, der Ordnung unseres Familienlebens, der Bildung und der Kultur, die sich für besonders staatsfern hält - gehen und dutzendweise die Gesetzgebungsanforderungen aufzuführen, denen deutsche Parlamente leider mit erschreckenden Regelmäßigkeit nachkommen.

Im Gegenteil: Ich empfehle uns an dieser Stelle, den Beschwerden der Kritiker zumindest insoweit Rechnung zu tragen, als wir - in Umkehrung ihrer Besorgnisse - von dieser vermeintlich zentralen Aufgabe der Parlamente weniger häufiger Gebrauch machen, als wir es tatsächlich tun, denn für viele Sachverhalte gibt es den begründeten Verdacht, dass sie auch ohne gesetzliche Regelungen in anderer Weise adäquat geregelt werden können, zumal wir alle eine unvermeidliche Erfahrung teilen: Gesetze regeln immer angenommene Durchschnittsfälle. Diese kommen nur leider im richtigen Leben nicht vor, sodass wir - kaum dass ein Gesetz die angenommenen Durchschnittsfälle geregelt hat - über Sprechstunden oder Petitionen mit den tatsächlichen Fallkonstellationen und der entweder erstaunten oder empörten Rückfrage befasst werden, ob das denn ernsthaft so gemeint gewesen sei. Die ehrliche Auskunft lautet dann: Natürlich nicht! Schon beginnt der Novellierungsprozess für das gerade abgeschlossene Gesetzgebungsverfahren, das vielleicht von vornherein besser ganz vermieden worden wäre.

Dass wir in einer Gesellschaft, die so verfasst ist, wie sie es ist, nicht nur Parlamente, sondern auch das Fernsehen haben, und dass nicht nur in den Parlamenten, sondern auch im Fernsehen über Politik geredet wird, mag man - je nach Betrachtungsweise - als Bestätigung der Verfallstheorie wahrnehmen oder auch nicht. Die inzwischen hoffnungslos inflationären Fernseh-talkshows sind jedenfalls weder immer unterhaltsam noch in der Regel politisch bedeutsam. Geredet wird dort immer viel, entschieden wird dort nichts. Entschieden wird in den Parla-

menten. Deswegen besteht für Minderwertigkeitskomplexe kein Anlass. Mein besonderer Respekt gilt den Kolleginnen und Kollegen, die der Versuchung, sich an diesen Unterhaltungssendungen zu beteiligen, tapfer widerstehen.

(Beifall)

Ich möchte ganz zum Schluss eine Bemerkung in die Richtung der jungen Generation machen, an deren Interesse und Engagement für viele wichtige - manchmal auch nicht ganz so wichtige - Dinge kein ernsthafter Zweifel erlaubt ist, bei der wir aber auch nicht übersehen dürfen, dass das vorhin im Allgemeinen festgestellte begrenzte Vertrauen gegenüber politischen Institutionen im Allgemeinen und den Parteien im Besonderen eine starke Ausprägung findet. Ich könnte das jetzt mit statistischen Befunden erhärten, die ich nicht vortragen muss, weil Sie den Sachverhalt selber aus der eigenen politischen und privaten Lebenserfahrung kennen. Attraktiv erscheinen für junge Leute insbesondere Institutionen, die mit Politik wenig und mit Parteien gar nichts zu tun haben. Das muss uns nachdenklich stimmen, denn das ist kein Naturgesetz. Bei der jungen Leipziger Autorin Juli Zeh habe ich dazu einen bemerkenswerten Hinweis gefunden. Sie schreibt:

„Die Angehörigen meiner Generation sind echte Einzelgänger. Sie mögen sich nicht mit einer Gruppe identifizieren. Wenn einer schon Schwierigkeiten hat, eine Familie zu gründen, wie soll er dann bitte einer Partei beitreten? Wer sich heute als Teil einer Bewegung versteht, gerät schnell in den Verdacht eines Mangels an individueller Persönlichkeit und eines reichlich uncoolen - wenn nicht gar gefährlichen - Herdentriebs. Man hat - unendlich paradox - die Politik zur Privatsache erklärt.“

Das ist Politik eben nicht. Deswegen wäre es nicht nur schön, sondern es ist dringend nötig, dass mehr junge Leute als heute die öffentlichen Angelegenheiten für ihre eigenen Angelegenheiten halten. Denn über welche Themen wir auch immer reden, ob das Themen des Arbeitsmarktes, der Zukunft unserer sozialen Sicherung sind oder auch ein so abstraktes Thema wie die Zukunft des Europäischen Verfassungsvertrages: wir verhandeln nicht über abstrakte öffentliche Angelegenheiten, sondern wir verhandeln die Zukunftsperspektiven von lebenden Menschen.

Für niemanden ist das wichtiger als für diejenigen, die die längste Lebenserwartung haben. Deswegen wünsche ich mir, dass sich mehr junge Leute neben ihren vielen privaten Interessen und den vielen sozialen Engagements, die es auch gibt und die allesamt in Ordnung sind, ein bisschen und in Einzelfällen vielleicht auch ein bisschen mehr um diese öffentlichen Angelegenheiten kümmern. Sie müssen begreifen, dass es nicht irgendwelche anderen sind, die sich darum kümmern sollen, sondern dass man sich selber um seine eigenen Angelegenheiten kümmern muss. Engagement ist gefragt. Das kann an vielfältiger Stelle stattfinden. Wir brauchen nicht nur ein aktives und handlungsfähiges politisches Parteiensystem, wir brauchen auch eine aktive, vitale Bürgergesellschaft. Wer immer nach Möglichkeiten der Betätigung sucht, der hat eine Ausrede nicht, nämlich, dass es keine Möglichkeiten dazu gäbe. Es gibt reichlich Möglichkeiten. Man muss sich nur irgendwann dazu entschließen, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Roman Herzog, unser früherer Bundespräsident, hat einmal gesagt, „es gibt viele demokratische Tugenden. Bequemlichkeit gehört nicht dazu“. Das ist ein kluger Satz. Er gilt nicht nur für das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat, er gilt auch für das Verhältnis der Politik gegenüber der Gesellschaft. Er gilt übrigens auch für das Verhältnis von Parlamenten gegenüber Regierungen. Die erste demokratische Tugend ist Verantwortung; Verantwortung für sich selbst und Mitverantwortung für das eigene Land. Parlamente und Parlamentarier müssen diese Verantwortung beispielhaft wahrnehmen. Das gelingt nicht immer und schon gar nicht immer gleich gut. Dass es über 60 Jahre lang im Ganzen mit vorzeigbarem Erfolg gelungen ist, ist ein Anlass für Dank und Gratulation an all diejenigen, die dazu beigetragen haben. - Herzlichen Glückwunsch!

(Anhaltender Beifall)